



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 7 - V - 0 1 - 0 0 3 5
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: Dezernat(e) I

Einrichtung einer städtischen LSBT*IQ-Koordinierungsstelle im Dezernat I

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge		DL-Nr. <small>(wird von Amt 16 ausgefüllt)</small>	
a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent

G e r i c h
Oberbürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperre, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

	X	2018 ff	Personalkosten	43.000			1100073	630098	91 Frauenreferat
	X	2018 ff	Arbeitsplatzkosten	9.700			1100073	div.	91 Frauenreferat
	X	2018 ff	Sachkosten	10.300			neuer IA		91 Koordinierungsstelle LSBTIQ
Summe Folgekosten:				63.000					

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:
 Das benötigte Budget ist in der Anmeldung für die weiteren Bedarfe des Dezernates I enthalten

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Bei der Landeshauptstadt Wiesbaden soll eine LSBT*IQ-Koordinierungsstelle eingerichtet werden. Sie dient der Beratung und Akzeptanzförderung von lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Lebensweisen und stellt eine Schnittstelle zwischen Politik, Stadtverwaltung und LSBT*IQ-Community dar.

Anlagen:

Antwort des Oberbürgermeisters in der Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 29.06.2017

C Beschlussvorschlag:

1. Der Einrichtung einer städtischen LSBT*IQ-Koordinierungsstelle im Bereich des Dezernates I ab dem Jahr 2018 wird zugestimmt.
2. Die Zuordnung erfolgt aus organisatorischen Gründen zum Referat der Kommunalen Frauenbeauftragten (I/F), inhaltlich ist die Koordinierungsstelle dem Oberbürgermeister direkt unterstellt.
3. Zur Besetzung der Koordinierungsstelle wird eine Stelle aus dem Stellenpool des Dezernates I zur Verfügung gestellt und zur Besetzung zum 01.01.2018 freigegeben. Die Stelle wird zunächst nur in Teilzeit mit 50% besetzt. Eine Evaluation der Personalausstattung erfolgt nach zwei Jahren Betrieb.
4. Die erforderlichen Haushaltsmittel für Personal und Sachkosten in Höhe von je 63.000 Euro in 2018 und 2019 werden dem Budget des Dezernates I zugesetzt.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

LSBT*IQ steht für „Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Trans*, Intergeschlechtlich und Queer“. Laut der repräsentativen Dalia-Studie gehören in Deutschland ca. 7,4% der Menschen dieser Bevölkerungsgruppe an. In Wiesbaden entspricht das etwa 20.000 Personen.

Im Oktober 2014 wurde mit Beteiligung des Kommunalen Frauenreferates der Runde Tisch zu LSBT*IQ-Lebensweisen Wiesbaden gegründet. Ihm gehören lokale Vereine, Projekte und Initiativen an, welche dieses Netzwerk zusammen mit der Stadt Wiesbaden gegründet haben. Der größte Wunsch der Teilnehmer*innen des Runden Tisches ist die Einrichtung einer städtischen LSBT*IQ-Koordinierungsstelle in Wiesbaden, die es bereits in vielen anderen Städten deutschlandweit gibt (vgl. hierzu die Anlage zur Sitzungsvorlage - Antwort des Oberbürgermeisters in der Stv am 29.06.2017).

Das Konzept, wie diese Koordinierungsstelle aussehen soll, wurde in den vergangenen Monaten den Fraktionen im Rathaus von den Vereinen Warmes Wiesbaden und Aids-Hilfe vorgestellt und fand breite Zustimmung.

Die im Konzeptpapier des Runden Tisches aufgeführten fünf Aufgabenfelder stellen die Basis für die Arbeit der Koordinierungsstelle dar:

1. Fachpolitische Arbeit

- Analyse und Bewertung von gesellschaftlichen Bedingungen für LSBT*IQ-Personen in Wiesbaden
- Zusammenstellung und Aufbereitung von Studien und wissenschaftlichen Inhalten
- Erfassung und Beurteilung von Maßnahmen im Stadtgebiet
- Erstellen und Erarbeitung von Fachinformationen und von Publikationen zum Themenkomplex LSBT*IQ
- Konzeption und Organisation von Fachveranstaltungen (Vorträge, Fachgespräche, Vortragsreihen,...)
- Beratung und Unterstützung des Oberbürgermeisters, des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung
- Leitung und Organisation des Runden Tisches der Landeshauptstadt Wiesbaden zu LSBT*IQ-Lebensweisen
- Berichtswesen und Stellungnahmen

2. Unterstützung der städtischen Referate

- Fachberatung für Dienststellen (z. B. Kultur, Standesamt, Meldeamt, Rainbow Refugees, Gesundheit, Prävention, Ordnungsamt), Informations- und Erfahrungsaustausch mit städtischen Dienststellen
- Konzeption, Bereitstellung und Vermittlung von Fortbildungsangeboten
- Beratung für Führungskräfte (Diversität als Führungsaufgabe)
- Mitgestaltung städtischer Antidiskriminierungsarbeit
- Kooperation mit städtischen Gleichstellungsstellen
- Mitwirkung bei Erstellung von Leitlinien, Leitbildern, Dienstvereinbarungen usw.
- Unterstützung bei und Modifikation von Formularen (lsbt+iq-gerecht)

3. Unterstützung der LSBT*IQ Community

- Vernetzung von LSBT*IQ-Akteur*innen
- Vernetzung auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene
- Städtische Ressourcen vermitteln (Räume, Kontakte,...)
- Kooperationen schaffen, Maßnahmen lancieren
- Projektförderung
- [Rainbow Cities Network](#) (Beitritt und Mitgliedschaft organisieren)

4. Akzeptanzförderung

- Öffentlichkeitsarbeit für LSBT*IQ-Themen (Kampagnen, Prävention, Medienarbeit)
- Eigene Antidiskriminierungsprojekte
- Aufklärungs- und Bildungsarbeit zum Abbau von Vorurteilen
- Fortbildungen und Fachberatung
- Vernetzung von und Kooperation mit Regeleinrichtungen

5. Beratung und Service

- Schnittstelle zwischen Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft
- Unterstützung von Öffentlichkeitsarbeit und Bereitstellung von Informationen über LSBT*IQ-Veranstaltungen
- Anlauf- und Beratungsstelle für städtische Beschäftigte
- Anlauf- und Beratungsstelle für Bürger*innen
- Weitere Beratungsangebote vermitteln (Gesundheit, ComingOut, Coaching,...)
- Beschwerdemanagement

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Aus organisatorischen Gründen soll die Koordinierungsstelle dem Kommunalen Frauenreferat zugeordnet werden, um die dort vorhandene Logistik mit zu nutzen. Zudem war das Frauenreferat bislang eng mit dem Runden Tisch und dessen Themen verbunden, so dass ein Wissensaustausch dadurch gewährleistet ist. Entgegen der Empfehlung des Runden Tisches soll die Koordinierungsstelle zunächst nur in Teilzeit besetzt werden. Dies ist durch die Anbindung an I/F und die Nutzung der dortigen Infrastruktur vertretbar. Nach zwei Jahren Betrieb wird die Personalausstattung überprüft.

Da die Finanzierung der Stelle nicht aus dem laufenden Budget möglich ist, ist für die Einrichtung der Koordinierungsstelle eine Zusetzung der notwendigen Finanzmittel die Voraussetzung.

Die Kosten setzen sich wie folgt zusammen:

- kalkulatorische Personalkosten (50% E12) gemäß Leitlinie Personalkostenkalkulation 2017 (bei angenommener Stellenbesetzung zum 01.01.2018): ca. 43.000 Euro p.a.
- kalkulatorische Arbeitsplatzkosten gemäß Leitlinie: 9.700 Euro p.a.
- Sachmittel für Öffentlichkeitsarbeit etc. ca. 10.000 Euro p.a.

Die Sitzungsvorlage ist mit dem Personal- und Organisationsamt abgestimmt.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 28. August 2017

 2161 ge

Gerich
Oberbürgermeister